

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

22.8.1922 (No. 194)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B. Rebatteur

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 135 M. — Einzelnummer 2 M. — Anzeigengebühr: 3 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Der Londoner Konferenz Ende

Von einem rheinischen Parlamentarier.

Das Ungelängliche: hier war das Ereignis. Das Unbeschreibliche: hier war das Getöse. So lautet füglich die Überschrift der Londoner Konferenz. Welche Fülle von Hoffnungen ward hier zu Grabe getragen! Hochspannung erfüllte die ganze Welt beim Beginn dieser Tagung.

Das ist Herr Ministerpräsident Poincaré, der sich des vollen Vertrauens seines Ministerrats ebenso wie seines Parlaments vergewissert hat, auch sicherlich unter seiner Würde, auf die Stimmen aus dem gebildeten und gesunden Deutschland irgendwie zu achten, so werden ihn doch die an sein Gewissen mit Macht pothenden Umgebungen aus der gesamten übrigen Kulturwelt darüber gründlich aufklären.

In London wurde, just wie auf den früheren Konferenzen, reichlich disputiert und disputiert über deutsche Reparationsfähigkeit und -pflicht, über Geld- und Sachleistungen.

Was nun? Das ist die Überschrift zahlreicher Leitartikel der Inlands- wie Auslands-Presse. Darüber kann kein Zweifel obwalten, daß der durch die französische eigensüchtige und eigennützige Gewaltpolitik verschuldet katastrophale Marzsturz nicht nur unserer Wirtschaft und Finanz die härtesten Schläge verfeht und uns den bittersten Nahrungsfragen für den kommenden Winter ausgesetzt, sondern zugleich unsere Erfüllungsmöglichkeit zum Schaden unserer ehemaligen Kriegsgegner erweislich aufs schwerste beeinträchtigt hat.

Unsere väterländische Aufgabe bleibt es derweil, angeht uns unserer an Erschwerungen und Hemmnissen kaum mehr zu überbietenden politischen Gesamtlage nebenher zu bleiben, dem Trennenden das voranzustellen, was uns eint, nicht nur in löblichen Worten, sondern durch Tatkraft das Vaterland über die Partei zu stellen, über Parteizwist zu opern gemeinsamer Arbeit, alle schaffenden Kräfte zu sammeln zum Zwecke der Erzeugung verstärkter und verbesserter Arbeitsleistungen, Genußsucht und Luxus allüberall auszuschalten, zurückzuführen bei allen Volksschichten und Ständen zur Einfachheit der Sitten und zur Sparsamkeit im privaten wie im öffentlichen Leben.

Gefinnung wird — wie wir es jüngst im Reichstage feierlich vor der ganzen Welt versicherten — die Feuerprobe glänzend bestehen. Alle Versuche, abwechselnd durch Zudeckbrod und Peitsche, die Rheinlande abzuspalten, werden nach wie vor wirkungslos abprallen an der kerndeutschen Gefinnung der Rheinländer.

Der deutsch-amerikanische Vertrag vom 10. August 1922.

Das am 10. August unterzeichnete deutsch-amerikanische Abkommen über die Regelung der finanziellen Ansprüche aus dem Krieg, über das wir schon kurz berichteten, hat folgenden Wortlaut:

Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika, von dem Wunsch befeßt, die Summe festzusetzen, die Deutschland in Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen aus dem zwischen den beiden Regierungen am 25. August 1921 abgeschlossenen Vertrage zu zahlen hat, welcher den Vereinigten Staaten und deren Staatsangehörigen in einem Beschlusse des Kongresses der Vereinigten Staaten vom 2. Juli 1921 näher bezeichnete Rechte einschließlicly folcher aus dem Vertrage von Versailles sichert, haben beschloffen, die Frage zur Entscheidung einer gemischten Kommission zu überweisen, und haben zu ihren Bevollmächtigten für den Abschluß des nachfolgenden Abkommens ernannt:

Der Präsident des Deutschen Reiches den deutschen Reichskanzler Dr. Wirth und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland Alanon B. Soughton, welche nach Austausch ihrer für gut und richtig befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel I. Die Kommission soll über die folgenden Arten von Ansprüchen befinden, die des näheren im Vertrage vom 25. August 1921 und in dem Vertrag von Versailles bezeichnet sind:

1. Ansprüche amerikanischer Bürger, die seit dem 31. Juli 1914 aus der Schädigung oder Beschlagnahme ihrer Güter, Rechte und Interessen erwachsen sind einschließlicly jeder Gesellschaft oder Vereinigung, an denen sie beteiligt sind, innerhalb des deutschen Reichsgebietes, wie es am 1. August 1914 bestand.

2. Andere Ansprüche aus Verlust und Schäden, den die Vereinigten Staaten oder ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges durch Verletzung von Personen oder von Gütern, von Rechten und Interessen einschließlicly jeder Gesellschaft oder Vereinigung, an denen amerikanische Staatsangehörige beteiligt sind, seit dem 31. Juli 1914 erlitten haben.

3. Schuldner der deutschen Regierung oder deutscher Staatsangehöriger an amerikanische Bürger.

Artikel II. Die deutsche Regierung und die Regierung der Vereinigten Staaten sollen je einen Kommissar ernennen. Die beiden Regierungen sollen auf Grund einer Vereinbarung einen Unparteiischen auswählen, um über die Fälle zu entscheiden, in denen die Kommissare verschiedener Meinung sein sollten, oder über alle kritischen Punkte, die sich im Laufe der Verhandlungen zwischen ihnen ergeben sollten.

Sollte der Unparteiische oder einer der Kommissare sterben oder zurücktreten oder aus irgend einem Grunde nicht in der Lage sein, seinen Obliegenheiten nachzukommen, so soll dasselbe Verfahren, das bei seiner Ernennung beobachtet worden ist, für die Neubesezung der freigewordenen Stelle angewandt werden.

Artikel III. Die Kommissare sollen innerhalb zweier Monate nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens in Washington zusammentreten. Sie können Zeit und Ort ihrer weiteren Zusammenkünfte festsetzen, wie es zweckmäßig erscheint.

Artikel IV. Die Kommissare sollen die ihnen unterbreiteten Fragen und Fälle sorgfältig registrieren und genaue Protokolle über ihre Verhandlungen führen. Zu diesem Zwecke kann jede der beiden Regierungen einen Sekretär ernennen, und diese Sekretäre sollen als gemeinsame Sekretäre der Kommission zusammenarbeiten und sollen ihre Verfügungen unterworfen sein. Die Kommission kann auch irgendwelche andere erforderliche Beamte zur Unterstützung bei der Ausübung ihrer Aufgabe ernennen und anstellen. Die jedem beartigten Beamten zu zahlende Vergütung soll der Zustimmung beider Regierungen unterliegen.

Artikel V. Jede Regierung soll ihre eigenen Ausgaben einschließlicly der Vergütung an ihre eigenen Kommissare, Vertreter oder Anwälte bezahlen. Alle anderen Ausgaben, die ihrer Natur nach beiden Regierungen zur Last fallen, einschließlicly der Bezüge für den Unparteiischen, sollen von den beiden Regierungen zu gleichen Teilen getragen werden.

Artikel VI. Die beiden Regierungen können Vertreter und Anwälte bestimmen, die der Kommission mündliche oder schriftliche Beweisaufträge unterbreiten können. Die Kommission soll alle schriftlichen Erklärungen oder Urkunden, die ihr von einer der beiden Regierungen oder zu ihren Gunsten zwecks Unterstützung eines Anspruches oder zur Erwidderung auf einen solchen vorgelegt werden, in Empfang nehmen und berücksichtigen.

Die Entscheidungen der Kommission und des Unparteiischen (falls solche vorkommen sollten), sollen als endgültig und für beide Regierungen bindend angenommen werden.

Artikel VII. Dieses Abkommen soll am Tage der Unterzeichnung in Kraft treten. Zu Urkund dessen haben die oben genannten Bevollmächtigten das vorliegende Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel aufgedrückt. Ausgefertigt in doppelter Utschrift in Berlin, am 10. August 1922.

Gleichzeitig mit dem Abschluß des Vertrages sind folgende Noten getwesselt worden: „Berlin, den 10. August 1922.“

Herr Botschafter! Das am heutigen Tage abgeschlossene Abkommen zur Regelung der amerikanischen Schadensersatzforderungen bestimmt im Artikel II, daß auf Grund einer Vereinbarung zwischen den beiden beteiligten Regierungen ein Unparteiischer ausgewählt werden soll.

Die deutsche Regierung ist von der Absicht der amerikanischen Regierung überzeugt, die mit der Unterzeichnung des Abkommens eingeleitete Regelung der zwischen den beiden beteiligten Staaten noch zu lösenden Fragen in entgegenkommender und gerechter Weise durchzuführen. In dieser Auffassung ist sie durch die von Ew. Excellenz erteilten Zusicherungen noch bestärkt worden.

Die deutsche Regierung glaubt, daß das durch den Krieg hervorgerufene Mißtrauen der Völker gegeneinander und die schweren wirtschaftlichen Schädigungen, die es für alle beteiligten Staaten im Gefolge hat, am sichersten aus der Welt geschafft werden, wenn diese Staaten sich entschließen, an die Lösung der als Folge des Krieges zwischen ihnen entstandenen Fragen in großzügiger Weise und im Geiste gegenseitigen Entgegenkommens heranzutreten. Die deutsche Regierung begrüßt es, daß die amerikanische Regierung hierzu die Initiative ergreifen will. Um dies zu ermöglichen und um ihrerseits der amerikanischen Regierung einen Beweis ihres Vertrauens zu geben, beehrt sich die deutsche Regierung, den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu bitten, das Amt eines Unparteiischen, wie es in dem vorerwähnten Abkommen vorgesehen ist, einer ihm für diese verantwortliche Aufgabe geeignet erscheinenden amerikanischen Persönlichkeit zu übertragen. Ich werde Ew. Excellenz zu Dank verpflichtet sein, wenn Sie diesen Vorschlag der deutschen Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten übermitteln wollten.

Zugleich benutze ich diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern. gez. Dr. Wirth.

Die amerikanische Antwort lautet: „Berlin, 10. August 1922.“

Herr Reichskanzler! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer heutigen Note zu bestätigen, die die Ernennung eines Unparteiischen nach Artikel II des heute zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Deutschlands abgeschlossenen Abkommens vorieht, auf dessen Grundlage ein Unparteiischer durch Vereinbarung zwischen den beteiligten Regierungen gewählt werden soll.

Eure Excellenz stellen fest, daß die deutsche Regierung von der Absicht der amerikanischen Regierung überzeugt ist, die mit der Unterzeichnung des Abkommens eingeleitete Regelung der zwischen den beiden beteiligten Staaten noch zu lösenden Fragen in entgegenkommender und gerechter Weise durchzuführen. In dieser Auffassung ist die deutsche Regierung durch die von dieser erhaltenen Zusicherungen noch bestärkt worden. Sie stellen fest, daß Ihre Regierung glaubt, daß das durch den Krieg hervorgerufene Mißtrauen der Völker gegeneinander und die schweren wirtschaftlichen Schädigungen, die es für alle beteiligten Staaten im Gefolge hat, am sichersten aus der Welt geschafft werden, wenn diese Staaten sich entschließen, an die Lösung der als Folge des Krieges zwischen ihnen entstandenen Fragen in großzügiger Weise und im Geiste gegenseitigen Entgegenkommens heranzutreten.

Sie sagen auch, daß die deutsche Regierung es begrüßt, daß die amerikanische Regierung hierzu die Initiative zu ergreifen beabsichtigt; daß, um dies zu ermöglichen und um ihrerseits der amerikanischen Regierung einen Beweis ihres Vertrauens zu geben, die deutsche Regierung sich beehrt, den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu bitten, einer ihm für diese verantwortliche Aufgabe geeignet erscheinenden amerikanischen Persönlichkeit das Amt eines Unparteiischen wie es in dem vorerwähnten Abkommen vorgesehen ist, zu übertragen. Zum Schluß stellen Sie fest, daß Sie dankbar sein würden, wenn ich diesen Vorschlag der deutschen Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika unterbreiten würde.

In Erwiderung auf die Note Ew. Excellenz erlaube ich mir zunächst, meine Glückwünsche zu dem Abschluß dieses Abkommens auszusprechen, das sich an den Friedensvertrag zwischen den beiden Ländern vom 25. August 1921 anschließt. Außerdem möchte ich persönlich meiner großen Vergnügung Ausdruck geben — die, wie ich sicher bin, auch von meiner Regierung empfunden wird — für die Ehre, die ihr durch das Erfuchen erwiesen worden ist, das Sie mich gebeten haben, an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika weiterzuleiten. Ich werde die Ehre und das Vergnügen haben, dies sofort zu tun, und werde nicht verfehlen, Sie unmittelbar nach Empfang einer Antwort zu benachrichtigen.

Gestatten Sie mir auch die Versicherung, daß ich Ihre großmütigen Erklärungen in Ihrem Briefe wohl zu würdigen weiß. Zugleich benutze ich diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Reichskanzler, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern. gez. Soughton.

Wird Belgien mißtrauisch?

Die Gemarck Konferenz zeigt noch das engste Zusammengehen der belgischen Delegierten mit ihren französischen Kollegen in der Frage der Behandlung der Deutschen. Um so mehr hat es nicht nur bei den Franzosen, sondern auch im Ausland übersehen, daß die widerspruchslöse Gefolgschaft der Belgier in London nicht mehr in dem früheren Maße in Erscheinung trat. Die Gründe sind nicht ohne weiteres erkennbar, doch kann man aus den Strömungen in gewissen belgischen Wirtschaftskreisen entnehmen, welche Ursachen für das leichte Abschwenken der Belgier von der französischen Politik mit sprechen. Es ist die Erkenntnis, daß die französische Rheinlandpolitik auf die Stärkung und Ausdehnung der französischen Wirtschaftsmacht hinausläuft, wodurch das belgische Wirtschaftsleben auf das Empfindlichste berührt werden würde. Belgische Wirtschaftspolitiker und belgische Vertreter der Industrie und Handel haben auf diese Gefahren wiederholt hingewiesen, sie haben besonders auf das Schicksal des Hafens von Antwerpen aufmerksam gemacht und daran erinnert, daß ein französisches Rheinland den Wirtschaftstod der belgischen Seehäfen, in erster Linie Antwerpen, bedeuten würde. Noch kürzlich stellte der Brüsseler „Soir“ fest, daß Antwerpen jetzt nur 22 französische Dampferlinien gegen 28 deutsche regelmäßig anlaufen. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß Deutschland seinen Durchgangsverkehr für das Getreide nach Deutschland statt wie bisher über Rotterdam wieder wie früher über Antwerpen legen möchte. Dabei wird hervorgehoben, daß niemand etwas daran finden würde, wenn man den Deutschen gute Plätze im Antwerpener Hafen zuweisen würde.

Diese Äußerungen vergleiche man mit der Debe gegen die deutschen Geschäftsleute, wie sie noch vor etwa einem Jahre in Belgien an der Tagesordnung war. Es macht sich also langsam die Erkenntnis in belgischen politischen und Wirtschaftskreisen geltend, daß die französische Rheinlandpolitik nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch politische Gefahr für Belgien in sich birgt. Man glaubt zu erkennen, daß bei Durchführung der französischen Rheinlandpläne Belgien als der kleine und politisch unbedeutendere Bruder, höchstens Waffenträger für Frankreich sein dürfte, ohne an wirtschaftlichen Vorteilen beteiligt zu werden, die sich event. für Frankreich ergeben könnten, daß man auf Belgiens Wirtschaftsinteressen keinerlei Rücksicht nehmen würde. Man sagt sich aber weiter, daß die Politik Frankreichs, wie sie jetzt vor allem durch ihre Rheinlandpläne zum Ausdruck kommt, über kurz oder lang zu militärischen Erweiterungen führen müsse, in denen Belgien an Frankreichs Seite gegenüberzutreten müßte, die Belgiens Wirtschaftsleben mehr oder weniger völlig in der Hand haben, und schließlich kommt die Erkenntnis zum Durchbruch, daß eine Gewaltpolitik, wie sie Frankreich Deutschland gegenüber betreibt, nicht nur Deutschland wirtschaftlich zugrunde richtet, sondern die mit der europäischen Wirtschaft verbundene Staaten in dieses Wirtschaftsschauspiel mit hineinreißt. Eine solche Belastung kann aber das belgische Wirtschaftsleben viel weniger tragen als das französische, und deshalb sind einflussreichen Belgiern neben der wirtschaftlichen Erkenntnis die politischen Bedenken über Frankreichs Rheinlandabsichten gekommen. Damit erklärt sich vielleicht das abweichende Verhalten der belgischen Vertreter in London von der bisherigen Gepflogenheit des belgischen Botschaftendienstes gegenüber Frank-

Politische Neuigkeiten. Die Delegierten der Reparationskommission in Berlin.

Aus Berlin berichtet die „Presse“ vom 21.: Die beiden Abgeordneten der Reparationskommission, die Herren Bradbury und Mauclaire, weilten seit gestern abend in Berlin. Sie werden bereits heute Gelegenheit haben, mit dem Reichsminister und anderen Vertretern der Reichsregierung zusammenzutreten, um dabei zunächst einmal über das Ziel der von ihnen zu führenden Verhandlungen Aufschluß zu geben. Bis jetzt weiß man noch nicht, welche konkreten Forderungen die beiden Vertreter der Reparationskommission mitbringen und wie weit der Umfang ihrer Vollmachten reicht. Wenn man sich auf die Nachrichten der Pariser Presse verlassen kann, dann müßte in den bevorstehenden Besprechungen der Gedanke der sogenannten produktiven Pfänder die Hauptrolle spielen. Produktive Pfänder, d. h. die Beschlagnahme deutschen Staatsbesitzes im besetzten Gebiet und im Ruhrrevier, sollten nach dem Programm Poincarés, das er in London verteidigt, die Voraussetzung für ein Moratorium für Deutschland sein. Man weiß, daß gerade an dieser Forderung der Franzosen die Londoner Konferenz scheiterte. Damit war die Entscheidung über das deutsche Stundungsgesuch wieder unmittelbar an die Reparationskommission zurückgefallen, und ihre Ansicht scheint nun dahin zu gehen, auf dem Wege einer Ver-

China und Deutschland.

Von Prof. Dr. Kiang Kang-hu, Peking.

Mit freundlicher Erlaubnis der Redaktion des „Neuen Deutschland“ (Verlag Friedrich Andreas Berthel A.-G. Stuttgart-Götha), sind wir in der Lage, den nachstehenden Aufsatz „China und Deutschland“ von Prof. Kiang Kang-hu, der vor kurzem in einer Nummer des „Neuen Deutschland“ erschien, unseren Lesern mitzuteilen.

China ist augenblicklich heimgeheuchelt von jährenen Wirren. Wir die Geschichte Chinas nicht kennt und das Prinzip seiner Entwicklung, der möchte glauben, daß sich das Land niemals aus dem Zustand der Unordnung wieder erholen wird. Und doch ist für China jede Krise und jede Teilung nur immer Weg zum weiteren Aufstieg gewesen.

Chinesische Geschichte ist eine Geschichte des Erobererwerdens und gleichzeitig des Eroberens. China ist wahrscheinlich das einzige Reich in der Welt, das seine Ausbreitung nicht Eroberungen, sondern dem Verkaufswesen verdankt. Die chinesische Geschichte hat sich oft wiederholt. Wir haben in den vergangenen fünftausend Jahren sechsmal Teilung und Vereinigung gekannt. Fast jede Teilung war durch Eindringen und Eroberung von Fremden verursacht. So eine Periode der Unordnung und des Unfriedens dauerte zehn bis hundert Jahre, während deren das chinesische Volk passiv blieb, die anderen atmählich

Der Verfasser, Professor an der Peking-Universität, Doktor der Philosophie von Washington, Vektor an der kalifornischen Universität Berkeley, hat den Herausgeber des „Neuen Deutschland“ vor kurzem in Berlin besucht und ihm hinterher den folgenden Aufsatz überreicht (er war englisch geschrieben und ist von der genannten Zeitschrift ins Deutsche übersetzt worden). Prof. Kiang Kang-hu ist von Haus aus Philologe — Forscher auf dem Gebiet der klassischen chinesischen Literatur — hat sich aber viel mit Politik beschäftigt und nimmt gerade als Politiker eine sehr markante Stellung in seiner Heimat ein; er ist Gründer der sozialistischen Partei Chinas.

ständigung mit Deutschland diejenigen Garantien für das Moratorium zu schaffen, die schließlich beiden Regierungen, der englischen und französischen, die Zustimmung zu ihrem schließlichem Votum ermöglichen könnten. Denn, daß überhaupt ein Moratorium, also ein länger dauernder Zahlungsaufschub, für Deutschland bewilligt werden muß, dürfte allen Mitgliedern der Reparationskommission klar sein; der Aufschubungsunterschied, den der Sturz der Mark in den letzten Wochen gegeben hat, kann nicht ohne Wirkung gelassen sein. Aber schon über die Dauer der, möglichen Stundung bestehen Meinungsverschiedenheiten und noch größere über die Bedingungen, die daran geknüpft werden sollen.

Die Reichsregierung kann selbstverständlich die Entsendung von Delegierten der Reparationskommission nach Berlin nur dankbar begrüßen, obwohl über ihre Mission vorläufig noch wenig Klarheit besteht. Es wird sich Gelegenheit geben, mit den Vertretern der Kommission nicht nur die technischen Fragen des Moratoriums und der Pfänder allein, sondern das ganze Barzahlungproblem im Zusammenhang mit der in den letzten Wochen grundlegend veränderten wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu erörtern. Daß es die Reichsregierung überlassen an dem guten Willen zu einer Verständigung nicht fehlen lassen wird, kann man als sicher voraussetzen. In Deutschland hat man das ganze Reparationsproblem wenigstens seit einem Jahre als wirtschaftliches Problem behandelt, und es ist ein Erfolg der im Mai vorigen Jahres begonnenen Politik, daß diese Art der Beurteilung auch außerhalb der deutschen Grenzen mehr und mehr sich durchzusetzen hat. Die Rede des englischen Schatzlangers Sir Robert Horne vor der Londoner Konferenz vor dafür der stärkste Beweis. Aber es steht auch fest, daß die offizielle französische Politik sich noch nicht bereit finden lassen, die Reparationsfrage ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten anzusehen, im Gegenteil unter Poincaré scheint eher eine rückläufige Bewegung im Sinne machtpolitischer Ziele eingetreten zu sein. Damit muß man auch in Deutschland rechnen, wenn man die Aussichten eines Verständigungsversuches abwägt. Es wird sich fragen, ob und inwieweit die Reichsregierung den Vertretern der Reparationskommission gegenüber Bindungen eingehen kann, die über die Vereinbarung mit dem Garantiefomitee vom 18. Juli hinausgehen. Eine Grenze muß jedes deutsche Entgegenkommen in den Tatsachen der wirtschaftlichen Lage finden, weil Zuständigkeiten über diese Grenze hinausgehen, nur papierneun Wert hätten und den deutschen Schuldner nur noch weiter dis-

Die Herren Bradbury und Mauclaire sind mittags vom Reichsminister zu einer einleitenden Besprechung empfangen worden. Am Nachmittag um 4 Uhr werden die materiellen Verhandlungen aufgenommen werden und zwar zunächst im Reichsfinanzministerium. Finanzminister Dr. Herms hofft, abgesehen von seiner Erkrankung noch nicht völlig wieder hergestellt ist, den Verhandlungen beiwohnen zu können. Im übrigen werden an der Aussprache das Auswärtige Amt, das Reichswirtschaftsministerium und das Wiederaufbauministerium beteiligt sein; außerdem wird Staatssekretär Bergmann auf Ersuchen der Reichsregierung an den Verhandlungen teilnehmen und nötigenfalls soll auch der deutsche Vorkämpfer in Paris, Dr. Mayer, der sich zurzeit in Berlin aufhält, hinzugezogen werden. Die verantwortliche Führung der Gesamtkommission verbleibt in den Händen des Reichsministers, der allerdings an den Verhandlungen selbst wahrscheinlich nicht persönlich teilnimmt.

Die „Times“ melden aus Paris: Der Mittelpunkt des Interesses ist für den Augenblick nach Berlin verlegt, wo die Delegierten der Reparationskommission verhandeln, einen mittleren Weg zu finden. Doch es sei wahrscheinlich, daß während der Abwesenheit Bradburys und Mauclaires in Paris eine rege diplomatische Tätigkeit entfaltet werde. Dem Berichterstatter zufolge werden in Berlin etwa folgende Ideen entwickelt werden:

1. In Wirtschaftlich würde Deutschland kein Moratorium genehmigt werden. Aber Belgien, das betragsmäßig auf die Reparationen eine Priorität zu fordern habe, werde statt Barzahlung monatliche Wechsel nehmen, die von Deutschland auf die sogenannten D-Banken, nämlich die Dresdener, die Darmstädter, die Deutsche und die Diskontobank gezogen werden. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die D-Banken für diesen Plan zu haben sein würden.

2. Andere Kreditoperationen, die auf dem Grundriss der Gelddarlehensnahme auf besonderen deutschen Wertes beruhen würden, würden die Lage möglicherweise zeitweise bessern, obgleich Bradbury selbst immer erklärt habe, alle derartigen Operationen bedeuteten in Wirklichkeit, daß Kredite der Alliierten Kredite gegenüber Deutschland damit die Augen herausgenommen würden.

3. Die Goldreserve des Deutschen Reiches müsse von der Reichsbank nach dem besten Gebiet gebracht und von den Alliierten als Pfand angesehen werden. Da sie eine Milliarde Goldmark betrage, werde sie ein ebenso wertvolles Pfand darstellen, wie die Bergwerke und Wälder.

aufsaugte und dann als neue Nation hervorging, die wieder eine Friedens- und Mitleidigkeit von hundert bis fünfzig Jahren eröffnende. Die ererbenden Fremden wurden jetzt selbst chinesisch, und ihre Länder wurden dem chinesischen Reich eingegliedert. Das war immer der Fall, ohne auch nur eine einzige Ausnahme. Unser nationales Leben ist lang; wir haben Zeit, mehr Zeit als man in Europa hat. Der gegenwärtige Zustand der Verwirrung in China kann noch ein Jahrzehnt fortdauern, was schadet es? Es ist gerade, wie die Nacht, die einem grauen Morgen vorausgeht. Wir haben viele solche Nächte in unserer Vergangenheit gehabt.

China ist das fruchtbarste Land, seine Bodenschätze sind unermesslich. Es birgt Produkte jeden Klimas. In manchen Provinzen finden sich überdies Wälder, und sehr viel Eisen und Kohle ist unmittelbar auf oder unter der Erde. Wir haben auch niemals Mangel an Getreide, der enorme Wohlstand unseres Landes ist gut erhalten. Wir können die ganze Welt durch Lieferung von Rohstoffen retten, wenn ihr Boden erschöpft ist und Europa und Amerika von Mineralien entblüht sind. Konfusius sagt: „Güter sollen nicht mißbraucht noch für selbstsüchtige Zwecke zurückgehalten werden.“ Wir sind bereit, unsere Schätze für die Welt zu öffnen zum Wohle der menschlichen Gesellschaft.

Die Chinesen sind nicht aktiv, sondern geduldig, nicht stark, sondern ausdauernd, ganz und garnicht schnell und aggressiv wie die Japaner, aber tiefe Denker und harte Streiter in langem Anlauf. Sie hatten bis vor ganz kurzer Zeit kein eigentliches Nationalbewußtsein; ihr Charakter ist stets individualistisch und ihr Geist kosmopolitisch. Die Weisheit des Volkes führt ein friedliches und schweeres, aber gutes und zufriedenes Leben. Die Chinesen können alle Art Mühsal besser aushalten als irgendeine andere Rasse. Sie können glühende Hitze und strenge Kälte in jedem Teil der Welt ertragen. Sie können stundenlange Arbeit leisten und haben viel Widerstandskraft gegen Krankheiten und Epidemien. Sogar Opium und Morphium, diese von den hochkultivierten Engländern und unserm guten Nachbar Japan nach China eingeführten Gifte, schädigen die Chinesen nicht so sehr, wie es bei anderen Vol-

4. Eine Art von Kontrolle der deutschen Bergwerke und Wälder, wie sie Frankreich auf der Londoner Konferenz vorgeschlagen habe, würde vielleicht von der Reparationskommission immer noch zugestanden werden, vorausgesetzt, daß der französische Plan genügend abgeändert werde, um ihn für die deutsche Regierung annehmbar zu machen.

5. Eine umfassende Regelung würde, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, von Bradbury mit der deutschen Regierung erörtert werden. Diese würde, sofern diese Regelung für durchführbar erachtet werde, den augenblicklich gestellten Forderungen nach produktiven Pfändern untergeordnete Bedeutung geben.

Der Berichterstatter teilt mit, daß die umfassende Regelung bereits den von ihm in voriger Woche in einem Pariser Telegramm auseinandergesetzten Plänen entsprechen. Diese Pläne befinden sich beim britischen Schatzamt und umfassen die Teilung der deutschen Schuld in zwei Abschnitte, in eine Barzahlung von bis zu 2 Milliarden Goldmark während 30 Jahre (auch von einer 20jährigen Basis sei die Rede), der andere Plan schlägt eine nach 30 Jahren zahlbare Summe von 100, möglicherweise 110 Milliarden Goldmark vor.

Poincaré über das Reparationsproblem.

Herr Poincaré hat gestern in Bar-le-Duc aus Anlaß der Eröffnung des Generalrates des Departements Neuse eine politische Rede gehalten, die ausschließlich dem Reparationsproblem und der durch das Scheitern der Londoner Konferenz geschaffenen Situation gewidmet war. Von den letzten Reden und ganz besonders von der gestrigen in Thiancourt unterscheidet sie sich vor allem durch das Fehlen des üblichen Panfarengeschmeckers und die verhältnismäßige Ruhe und Sachlichkeit des Tones. Herr Poincaré hat li. „Presse“ auch wiederum die Entschiedenheit Frankreichs betont, auf den Rechten, die ihm der Friedensvertrag gegeben hat, zu bestehen. Er hat mit dem von ihm so beliebten Spiel der Zahlen aufs neue ein völlig verzerrtes Bild von der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands gezeichnet und von dem Mangel an gutem Willen und der auf die Herbeiführung eines betrügerischen Bankrotts gerichteten Politik Deutschlands gesprochen. Aber er hat es in wesentlich gedämpfteren Farben getan als bei früheren Gelegenheiten. Er hat erklärt, daß er in London auf die Forderung der Verpfändung der staatlichen Forsten und Gärten auf dem linken Rheinufer nicht habe verzichten können und daß in dieser Frage der Standpunkt der französischen Regierung unverändert geblieben sei, weil sie auf ausreichende Garantien nicht verzichten könne. Aber er hat andererseits von den 132 Milliarden des Londoner Zahlungsplanes als von einer theoretischen Zahl gesprochen, deren Gegenwärtigkeit sich schwer ermitteln lasse, da die Zahlungen sich auf einen unbegrenzten Zeitraum verteilen, und er hat Wert darauf gelegt zu betonen, daß Frankreich keinerlei politische Hintergedanken hege, daß es bereit sei, die Pfänder, von denen es wisse, daß sie die Regelung der Reparationszahlungen nicht beschleunigen könnten, wieder freizugeben, sobald Deutschland sich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen loyal bereit erkläre und damit den Anfang mache, und daß er darüber hinaus sich nicht weigern würde, mit Deutschland in einen direkten Vermögensausgleich über die besten Wege zur Durchführung des Friedensvertrages einzutreten.

Gegen England hat Herr Poincaré sehr entschieden, aber keine unveröhnlichen Worte gebraucht. Er hat von dem Mangel an Solidaritätsgedühl, von dem facto egoismo und den wiederholten Versuchen, die bedrohte Einheit innerhalb der Entente auf Kosten Frankreichs zu retten, gesprochen. Er hat die Verantwortung für das Scheitern der Londoner Verhandlungen auf die Valfour-Note zu schieben versucht, die die Diskussion des Reparationsproblems in seiner Gesamtheit verhindert habe. Aber er hat von der Möglichkeit einer isolierten Aktion Frankreichs nur konditionell gesprochen als von einer Eventualität, die den französischen Wünschen konträr sei. Das ist erheblich weniger, als die absolute Unbeugbarkeit, die ihm die Pariser Presse in den letzten Tagen zugeschrieben hat. Mit einem Wort, Herr Poincaré hat sich nach beiden Seiten hin freie Hand vorbehalten, und er hat jedenfalls nichts gesagt, was die nicht nur innerhalb der Reparationskommission, sondern auch in weiten Kreisen Frankreichs gelegten Hoffnungen auf das Zustandekommen eines für alle Teile annehmbaren Kompromisses in der Frage des Moratoriums zerschlagen würde.

Der Reichswirtschaftsrat über die Staatskatastrophe.

In der jüngsten Sitzung der Vereinigten wirtschaftspolitischen und Ausfuhrabgabenausschüsse des Reichswirtschaftsrats gab vor dem Eintritt in die Tagesordnung Staatssekretär Professor Hirsch Erklärungen ab, die sich mit dem Sturz der Mark und der Rückwirkung dieser Bewegung auf die Wirt-

fern der Fall wäre. Viele chinesische Opfer dieser Gifte, die früh schon zu ihnen gekommen sind, erleben ein hohes Alter, während, wie ich gehört habe, sehr wenig weiße Menschen auch nur zehn Jahre Dium und Morphium aushalten. Die Chinesen vertrauen auch geistige Getränke gut, es gibt keine betrunkenen Chinesen auf den Straßen.

Von der chinesischen Sprache kann man sich nie eine Vorstellung machen, wenn man sie nicht kennt. Auf der anderen Seite hat man kaum eine Ahnung von chinesischer Literatur, wenn man nicht die Sprache einigermaßen beherrscht. Chinesisch hat kein Alphabet, keine Interpunktion und keine grammatischen Abhandlungen. Es ist ein Rätsel, daß unsere Geschriebene, und unsere gesprochene Sprache ganz verschieden sind, aber es ist auch ein großer Vorteil, daß durch die Trennung dieser beiden die chinesische Darstellung der Schriftzeichen für Tausende von Jahren unverändert bleibt. Wir können das Wert des Konfusius ohne Übersetzung lesen, und deshalb können die alten Klassiker den Kindern in den modernen Elementarschulen als Schulbücher dienen. Die chinesische Literatur bietet dem Leser ästhetischen Genuß und tiefe Gedanken. Sie hat dieselbe Wirkung wie Russisch und Latein, weil die chinesische Sprache selbst einen rhythmischen Klang hat, dazu kommt die materielle kalligraphische Schrift. Diese Eigenschaften fehlen jeder anderen Sprache. Es ist bedauerlich, daß es nur wenige Europäer gibt, die chinesisch lesen und schreiben können, obwohl viele es zu sprechen verstehen. Durch bloßes Hören ist es unmöglich, den wirklichen Sinn einer Sprache zu erfassen.

Im Vergleich zu der westlichen Kultur ist die chinesische weder so materialistisch noch so mystisch, weder so positiv noch so relativ. Sie ist aufgebaut auf den Beziehungen von Mensch zu Mensch und nicht auf denen von Mensch zu Gott oder von Mensch zu Zweck. Soziale Gesinnung ist das Wesen des chinesischen Lebens. Wir denken nicht viel an Vereinigung mit Gott oder an Besitz von materiellen Werten. Das menschliche Fühlen herrscht in der chinesischen Gesellschaft vor. Kriege, politische und andere Unruhen in China können alle möglichen Veranlassungen haben, aber ihre wahre Ursache liegt immer

Wirtschaftsfrage befassen. Er trat zuerst der völlig grundlosen Behauptung entgegen, daß die deutsche Wirtschaft ihre eigenen Zahlungsmittel abdrücken „fabriere“. Die Flucht aus der Mark in die Bäre und auch direkt in fremde Devisen habe in fast allen Kreisen eingeleitet. Der Reichsminister habe auf die außenpolitische Seite hingewiesen, indem er erklärt habe: „Eerst Brot für unser Volk, dann Reparationen!“ Gegen die politischen Maßnahmen des Auslandes seien wir im Augenblick machtlos, aber innerpolitisch mühten wir wenigstens mit aller Kraft versuchen, alles das zu tun, was möglich ist, um uns vor dem völligen Zusammenbruch zu retten.

Eine Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen können wir jedenfalls durchführen, die unseren Devisenmarkt erleichtern können. Das wesentliche sei weitere Verbrauchsbeschränkung und Produktionssteigerung mit allen Mitteln. Wir können uns noch viel mehr Entbehrungen auferlegen. Der Lokalkonsum habe ungeheuerlich zugenommen, die Zölleinführen seien im ersten Halbjahr 1922 gegenüber den Friedensjahren noch gestiegen. Für viele Millionen Zölleinführungen seien durch das noch im Westen durch Vermittlung der Emser Einfuhrerlaubnisstelle der Entente in Deutschland eingebracht. Die Fraktion und die Einfuhr von Schokolade, Wein, Säuerlingen, Gemüse, Kaffee, Bier, Lederwaren, Parfümerien, Pelzen, Teppichen, ausländischen Stoffen und sonstigen Luxuswaren haben einen großen Umfang angenommen. Es werde vorgeschlagen, die Einfuhr dieser Artikel entweder gründlich zu droffeln oder teilweise überhaupt zu verbieten. Auch die Einfuhr von Steinöl habe im ersten Halbjahr einen Umfang angenommen, der erschreckend ist und an den Devisen mächtig geht.

Die Kohlenförderung sei leider zurückgegangen, besonders im Ruhrgebiet. Öffentlich würde es der Regierung und den Bergarbeiterführern bald gelingen, die Bergleute vorübergehend zu gut bezahlter Überarbeit zu bewegen. Sogar Zement und Eisen sei in einem Maße eingeführt worden, so daß die Passivität unserer Handelsbilanz immer bedrohlicher werde. In diesen drei Grundstoffen der deutschen Wirtschaft müsse grundlegend Wandel geschaffen werden.

Als finanzpolitische Maßnahmen seien angeregt worden: bessere Erfassung der Wertsteigerungen und damit verbundene eine bedeutende Erhöhung der Ausfuhrabgaben. Für das Clearingverfahren (Ausgleichsverfahren für die während des Krieges in Deutschland und in den Ländern der Entente erfolgten Seeresierungen), das uns im Augenblick sehr stark belastet, solle man versuchen, etwa durch eine kleinere ausländische Anleihe, die jetzt das Reich bedrückenden Beträge auf eine längere Zahlungszeit zu verteilen. Auf währungspolitischen Gebiet wurde angeregt, eine nachträgliche Devisenkontrollen, bei der die Leute gefast werden sollen, die ohne Not und ohne Auslandsgeschäfte zu betreiben, der Devisenhamsterei überführt werden. Ferner solle man besser die Währungsgewinne zu erfassen versuchen und eventuell eine wertbefähigende innere Goldanleihe zur Ablenkung der Spekulation auflegen.

Die Diskussion stellte die grundsätzliche Zustimmung der anwesenden Vertreter der Wirtschaft zu den Anregungen des Staatssekretärs fest, alle Maßnahmen zu regeln, die irgendwo zur Erleichterung unserer außerordentlich erstickten Wirtschaftslage beitragen könnten. Es wurde zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die dadurch gebotene Wirtschaftspolitik, Finanz- und Währungspolitik ein Arbeitsausschuß eingesetzt, der aus den Herren Dr. Aug. Müller, Volktrusch, Parischat, Dr. Bücher, Gieseler, Hartung, Dr. Silberding, Köpfer, Schweitzer, Dr. Wermuth besteht.

Eine deutsch-englische Friedenskundgebung.

Die Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgebung veranstaltete am Sonntag vormittag gemeinsam mit dem Ortskartell des Afa-Bundes und den beiden sozialistischen Parteien eine deutsch-englische Friedenskundgebung. Von englischer Seite nahmen teil: von den Vorstandsmitgliedern der International Arbitration League der Vorsitzende John Morgan, der Generalsekretär Fred Maddison und der Schlichter Paul Descours, ferner die Labour Party-Abgeordneten Thomas Kennedy, Stabsberedneter John Joy, Bergarbeiter Barnett, Kenyon, Maschinenbauer Beach, Bauarbeiter W. A. Wilson und Stanley Nibel.

In seiner Begrüßungsansprache gab der Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission, Sabath, dem energischen Willen der deutschen Arbeiterklasse Ausdruck, den wahren Weltfrieden herbeizuführen.

in der Störung sozialer Beziehungen. Sind diese Beziehungen wieder in Ordnung, so hört die Unruhe auf. Unsere beiden großen Lehremeister, Konfuzius und Sokrates, errichteten ihre Schulen auf entgegengesetzten Seiten einer gemeinsamen Basis — die Beziehung zum Menschen ist der Hauptgegenstand ihrer einfachen, unüberlieferten und praktischen Lehren. In der Tat haben wir wenig Religion außer der Ethik. Die Lehren, die einen mystischen Charakter tragen, sind entweder von fremden Ländern eingeführt oder nachbildungen fremder Weltanschauungen, zum Beispiel der Buddhismus oder der moderne Taoismus. Chinesische Art des Denkens und Handelns sind verschieden und oft entgegengesetzt zu westlichen Methoden. Wenn der Europäer versucht, den chinesischen Gesichtspunkt zu verstehen, wird seine Ansicht vom Leben erweitert und bereichert werden. Die chinesische Kultur kann in mancher Hinsicht als Heilmittel für die Defizienz der westlichen Kultur betrachtet werden.

Zwischen China und Deutschland hat Freundschaft lange Wurzeln mit den einzigen Unterbrechungen der Eröberung von Miantshan, des Boxeraufstandes und des europäischen Krieges. Dieser hat nur sehr wenig unsere guten Beziehungen beeinträchtigt, während die beiden ersten recht traurige Vorläufer waren. Aber die Geschichte berichtigt sich, und besseres Verständnis zwischen den beiden großen Völkern setzt ein. Wir sollten einander gut kennen und uns als wirkliche Freunde, nicht bloß als Kaufleute, begegnen, obgleich die Handelsbeziehungen zwischen uns besonders groß sind. Ich kam diesmal nach Deutschland durch England mit dem Eindruck, daß diese drei Länder eine Art heiligen Bund zum gegenseitigen Beistand bilden sollten, weil wir ein ähnliches Geschick haben: erstens sind wir alle jungen Republiken, nachdem wir lange Zeit Kaiserreiche gewesen sind, zweitens stehen wir alle unter der Willkür des westlichen imperialistischen Kapitalismus. Aber ohne gegenseitiges Verständnis ist Hilfe unmöglich, und gegenseitiges Verständnis kann nicht nur von Diplomaten, Missionaren oder Kaufleuten erwartet werden. An uns, den Gelehrten und Wissenschaftlern beider Nationen ist es, und dafür verantwortlich zu fühlen, daß wir gegenseitig richtige Informationen bekommen und erteilen. Es sollte keine Arbeit der Propaganda sein, sondern Austausch von Wissen mit ehrlichem menschlichen Mitgefühl.

Maddison betonte, daß die englische Kommission nicht als die Repräsentantin eines Siegerstaates nach Deutschland käme, sondern in dem aufrichtigen Wunsch, in Gemeinschaft mit dem deutschen Volk eine Ära einzuleiten, in der der Gedanke der bewussten Gewalt durch die Herrschaft vernünftiger Gesetze ersetzt werde. Mehr als je sei jetzt eine englisch-deutsche Annäherung notwendig. Das englische Vertrauen in den Friedenswillen des deutschen Volkes sei ganz besonders durch die Rede verstärkt worden, die Reichspräsident Ebert unlängst bei der Feier des Verfassungstages gehalten habe.

Im Anschluß an diese mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde eine von der Internationalen Arbitration League an die Versammlung gerichtete Kundgebung verlesen, in der es heißt:

Wir wissen, daß der Gang zum ewigen Frieden nicht leicht ist. Wir sind nicht kosmopolitisch, um die Vermittlungen gegenüber dem eigenen Land außer Acht zu lassen. Wir vergegenwärtigen uns andererseits die besonderen Schwierigkeiten, denen Ihre Republik in dieser kritischen Zeit gegenübersteht. Wir wünschen von den Deutschen, wie wir ebenso von den Franzosen und allen anderen wünschen, daß sie an der Weltgemeinschaft für den Frieden teilnehmen. In wenigen Tagen wird der Völkerbund sich in Genf versammeln. Seit einstimmig wünscht die öffentliche Meinung Englands dringend, daß Deutschland Mitglied des Bundes werde. Wir haben Grund zu glauben, daß der Antrag Annahme finden würde. Der Wunsch, daß Deutschland dem Völkerbund beitrete, wird jetzt von britischen Staatsmännern und Politikern verschiedenster Parteien geteilt und geäußert, darunter auch von Leitern der Staatsgeschäfte. Keine internationale Frage scheint uns von gleicher Bedeutung zu sein, wie die der Mitgliedschaft Deutschlands am Völkerbund. — Zum Schluß der Rede heißt es, es handle sich um eine Kundgebung des guten Willens, von Männern verschiedener politischer Anschauungen dargebracht, die aber in dem Wunsche einig seien, den Deutschen die Hand zu bieten.

Namens der sozialdemokratischen Partei sprach Franz Krüger: Ob der Völkerbund in seiner heutigen Gestalt, in der er eher einen Bund der Machthaber darstelle, dem allgemeinen Ideal der Arbeiter entspreche, wolle er nicht weiter untersuchen; auf jeden Fall aber wolle Deutschland die Gewißheit haben, daß nicht an dem Tage nach seinem Beitritt zum Völkerbunde noch Nationen des Völkerbundes gegen Deutschland mit Zwangsmahnen und Repressalien vorgehen dürften.

Von englischer Seite kamen noch zum Wort Thomas Kennedy, der die Notwendigkeit der internationalen Arbeiterkollaboration betonte, aber auch darauf hinwies, daß Internationalismus keinesfalls Antinationalismus bedeute, sowie John Joy, der sich für die Idee: Nie wieder Krieg! einsetzte.

Nach einer kurzen Rede von Dr. Breitscheid schloß die Versammlung mit dem Gesang der Internationale und einem Hoch auf die internationale Arbeiterkraft.

Die neuen Gehalts- u. Lohnerhöhungen.

Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrates für Haushalt und Rechnungswesen, für Volkswirtschaft und innere Verwaltung usw. hielten gestern Sitzungen ab. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die neuen Gehalts- u. Lohnerhöhungen für die Beamten. Die Ausschüsse stimmten ihnen zu.

Die Einigung über die Erhöhung der Löhne für die Arbeiter in der Reichsverwaltung und in den Reichsbetrieben ist gestern abend zustande gekommen. Die Lohnerhöhung beträgt bei mehr als 24 Jahre alten Arbeitern im allgemeinen in der Ortsklasse A 11 Mark in der Stunde, bei mehr als 24 Jahre alten Arbeiterinnen in derselben Ortsklasse 7,25 Mark in der Stunde.

Die Verständigungsaktion München-Berlin.

Aber das Zustandekommen des sogenannten Wendeitragens, das die bayerischen Minister Schwyer und Gärtner zu neuen Verhandlungen nach Berlin mitgenommen haben, schreibt die „Münchener Zeitung“ voll Zorn, daß es hauptsächlich dem Einwirken des Dr. Heim zuzuschreiben ist, der, obwohl er gar nicht Landtagsabgeordneter ist, auf fallender Weise doch der entscheidenden Koalitionshilfe im Landtag bediente und dort nicht nur seine eigene Partei, sondern auch eine allerdings nicht sehr starke Mehrheit der Mittelpartei in seinem Sinne zu beeinflussen verstand. Daß gerade Dr. Heim, in dem viele sonst den starken bayerischen

Sommeroperette im Städt. Konzerthaus.

Operette in 3 Akten von Billi Walzer, Musik von Billi Geisler.

Unter den ungezählten Fällen, die wir an dieser Stelle in zehn Jahren zu behandeln hatten, ist der Fall Mara Santros so ziemlich einer der unerquicklichsten. Von der „Handlung“, die an Armeligkeit und Ähnlichkeit kaum mehr zu überbieten ist, soll gar nicht weiter die Rede sein. Aber auch die Vertonung dieser Armeligkeit durch Billi Geisler ist derart geraten, daß sich der für eine Beurteilung der Einzelheiten erforderliche Aufwand an Zeit, Papier und Druckerschwärze nicht lohnt. Enthält doch die ganze Partitur nicht einen originalen Gedanken. Mit einer Skrupellosigkeit, die selbst vor der Ausplünderung eines Evangeliums nicht zurückzusehen hat, der „Komponist“ die internationale Opernliteratur abgegrast und alles ihm irgendwie für seine Zwecke geeignet erscheinende behalten. Aus den zusammengegriffenen Fetzen, bei denen es sich keineswegs nur um Motivanfänge oder um Melodiebildungen von wenigen Takten, sondern zum Teil um ganze in sich abgeschlossene Lieder und größere Bruchstücke handelt, ist dann ein Pathos überlastet Art zusammengestellt, das jedem auch nur einigermaßen entwickelten Stilempfinden zuwiderläuft. Es ist schwer zu begreifen, wie ein Kunstprodukt dieser Art den Weg auf die Bühne finden konnte.

Die von Direktor Steffler besorgte Inszenierung war in Anbetracht der Notwendigkeit möglicher Aufwandsbeschränkungen nicht übel zu nennen; im übrigen hatte die Regie allerdings dem Umfang Rechnung getragen, daß das Publikum, auf dessen Verständnis die Verfasser „Mara Santros“ spekulieren, Sentimentalität und Grotesk nur in düstler Auftragslage gönnt. Für die Fiktrolle hatte man Fräulein Adégg vom Landestheater herangezogen, die sich redliche Mühe gab, der papierernen Gestalt etwas Leben einzuhauchen. Herr Schüll spielte den eheherrlichen Väterchen mit Temperament, aber einigen Übertreibungen, Fräulein Steffler befandete auch in ihrer diesmaligen Rolle als Jella Theaterblut und Spielgewandtheit. Sie alle drei, mit ihnen zugleich die übrigen Beteiligten — Chor und Orchester unter Kapellmeister Jörgel — eingeschlossen — gaben sich, bis auf einige allzu langwierige, rechtliche Mühe, dem schwachen Stück auf die Beine zu helfen. Aber das Bergelische dieser Mühe brauchen wir nach dem eingangs Erwähnten nicht mehr zu sagen.

Wahn zu leben gewohnt sind, in dieser Richtung zu wirken für notwendig gehalten hat, ist auch eine Ironie der Geschichte, und selbst ein Heim wird es nicht ganz leicht haben, die Gründe dafür seinen Käufern plausibel zu machen. Die „Frl. Bl.“ bemerkt dazu: Daß Dr. Heim, dem niemand die Kennerchaft der bayerischen Volksseele, aber auch das Verständnis für politische Situationen abspreiben wird, seinen Einfluß für eine Verständigung mit Berlin einsetzt, ist ein Beweis für die Notwendigkeit einer raschen Lösung des bayerischen Konfliktes. Wenn die „Münchener Zeitung“ sich darüber aufregt, so hat sie nur wieder einmal über der Verletzung deutscher nationaler Parteigesetze ihre nationale Pflicht vergessen.

Sozialistische Kampfansage an Bayern.

Zu einer scharfen Kampfansage der Sozialdemokraten an Bayern kam es in „F. L. A.“ auf der Tagung des Brandenburger Bezirks der Soz. Partei. Der Reichstagsabgeordnete Otto Wels erklärte, es sei außerordentlich zu bedauern, daß wichtige Gründe außenpolitischer Natur die Soz. Partei gezwungen hätten, den Kampf gegen Bayern, der ja doch einmal kommen mußte, zurückzustellen. Aus den gleichen Gründen habe bisher auch die Reichsregierung der bayerischen Regierung gegenüber eine so große Nachgiebigkeit bewiesen. Dabei handle es sich nicht einmal um die Wehrheit des bayerischen Volkes, sondern um das deutsche Vaterland, das sich in Bayern eingekerkert hat, und um die bayerische Reaktion. Es wäre besser, wenn Herr Wels nicht mehr die Scheinulisse für die Macht der Köhner abgeben würde. Nach ebenso scharfen Erklärungen des Redners gegen die Kommunisten und gegen Moskau wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Bezirkstag ernste Bedenken gegen das zwischen der Reichsregierung und Bayern geschlossene Berliner Protokoll nicht zurückhalten könne. Um so mehr erwarte er, daß die Reichsregierung keine weiteren Konzessionen mehr mache und daß sie nötigenfalls mit allen gesetzlichen Mitteln ihren Willen durchsetze.

Der Hindenburg-Empfang in München.

Feldmarschall Hindenburg ist am Sonntag abend in München eingetroffen und von Regierungspräsident v. Rahr und General Ludendorff empfangen worden. Gestern vormittag fand nach einer Audienz durch die Studienkammer und verschiedenen Besuchen Hindenburgs, so bei dem Ministerpräsidenten, dem Erzbischof und dem protestantischen Kirchenpräsidenten, sowie dem Bischof Muppert, Generalobersten Graf v. Bismarck und dem Generalfeldmarschall Prinzgen Leopold, eine Feier der Reichswehr Münchens statt. Der Feldmarschall wurde von General der Infanterie v. Rühl begrüßt und dankte in kurzen Worten für die Ehrung. Im Anschluß daran fuhr Hindenburg in den Hofgarten, wo die Kriegervereine usw. aufgestellt waren und eine gewaltige Menge Hindenburg jubelnd begrüßte. Der eigentliche Begrüßungsakt wurde in der Halle des Armeemuseums gehalten, wo der frühere Kronprinz Rupprecht den Heerführer feierte. Nach Abtönen des Deutschland-Liedes bewillkommnete Generaloberst Graf v. Bismarck im Namen der früheren „Königlich Bayerischen Armee“ Hindenburg und gab dem Wunsche Ausdruck, daß der Marschall neu gestärkt aus den bayerischen Bergen die Überzeugung mit in die Heimat nehme, daß der Völkern heute noch ebenso in Freue fest zum Deutschen Reich stehe wie vor dem Krieg. Hindenburg dankte den beiden Rednern und gedachte der Gefallenen. Er schloß mit der Mahnung, daß jeder seine Pflicht tue auf dem Platze, auf dem er stehe, bis wieder bessere Tage eintreten würden. Für den Nachmittag war ein Besuch Hindenburgs bei Ludendorff, für den Abend hatten ihn der Hochschulrat deutscher Art und dann der Regierungspräsident von Rahr zu Gast geladen.

Zu einem unerhörten Zwischenfall, der beweist, welcher Hochachtung die monarchistischen Kreise fähig sind, kam es in „Frl. Bl.“ vor dem Festakt am Armeemuseum. Der Führer des Republikanischen Reichsbundes, Hauptm. a. D. Dr. Schüniger, der in seiner Eigenschaft als Pressevertreter bei der Veranstaltung anwesend war, wurde nach seiner Angabe von den Mitgliedern des Festkomitees veranlaßt, sich zu melden. Als er das tat, wurde er sofort umringt und von diesen Herren und weiteren Anwesenden trotz Vorweises seiner Pressekarte und ohne jeden Anlaß ins Gesicht geschlagen und blutig geschlagen. Er wurde dann von Schutzleuten auf Polizeipräsidium gebracht und nach seiner Vernehmung wieder freigelassen.

Zur Umbildung der Zentrumsparlei.

Die „Zentrumsparlamentarische Korrespondenz“ verbreitet eine parteiamtliche Stellungnahme des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, des Abgeordneten Marx, zu der seit einiger Zeit in Gang befindlichen Aussprache über die Umbildung der Zentrumsparlei. Marx betont, es könne von einer „Reform“ der Zentrumsparlei wenigstens in grundsätzlicher Hinsicht keine Rede sein. Der Parteiausschuß habe bei der Beschlußfassung unmittelbar unter dem Eindruck der Ermordung Rathenaus am 24. Juni gestanden. Niemand habe sich der Überzeugung verschließen können, daß eine gewaltige Erschütterung den Bestand der Republik bedrohe. Man habe sich plötzlich am Abgrund gesehen und erkannt, daß nur ein Zusammenstoß aller Untertanen, gleichviel welcher Volksklasse, welcher Konfession und welchem Stande sie angehörten, Vaterland und Volk zu retten vermöchten. Der Reichsparteiausschuß habe lediglich seine Pflicht erfüllt, wenn er an einem bedeutungsvollen Wendepunkt mit Entschiedenheit den politischen Charakter der Partei feststellte und sich mit aller Offenheit bereit erklärt habe, die tatsächlichen Folgerungen zu ziehen. Marx fährt dann fort: „Niemand im Reichsparteiausschuß hat auch nur im Entferntesten daran gedacht, irgendwie die Grundzüge der Zentrumsparlei zu verändern, namentlich was die Vertretung der christlichen Grundzüge und der Religion in öffentlichen Leben angeht. Die Grundzüge der Zentrumsparlei sind allgemein bekannt und im Programm vom Januar 1922 von neuem dargelegt, und es ist selbstverständlich, daß auch ein evangelischer Mann sich nur dann als Mitglied der Zentrumsparlei betrachten darf, wenn er gewillt ist, auf den Boden dieses Programms zu treten, um die bisherigen Grundzüge der Zentrumsparlei im öffentlichen Leben wahrzunehmen.“

Das Verbot der „Roten Fahne“.

Zu dem Verbot der „Roten Fahne“ auf drei Wochen wird von amtlicher preussischer Seite erklärt: „Die Begründung des Verbots stützt sich auf zwei Argumente. Einmal der Vorwurf, der der bayerischen Regierung gemacht worden ist, daß sie gegen das Reichshochverrat begangen habe bezw. begehe. Nach dem Wortlaut des § 8 des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik hat die bayerische Regierung, wie jede andere Landesregierung, ein unbedingtes Recht auf Schutz gegen derartige Beschimpfungen. In politischer Beziehung ist hierzu zu erwähen, daß eine Verweigerung dieses Schutzes seitens der preussischen Regierung nur schlecht vereinbar mit dem Geist sein würde, in dem der Reichspräsident und die Reichsregierung zurzeit Verhandlungen mit dem

bayerischen Regierung pflegen. Das Verbot der „Notenfabrik“ ist in der selbstüberwachten Annahme erfolgt, daß auch die bayerische Regierung mit gleicher Loyalität Verbote gegen diejenigen bayerischen Presseorgane erläßt, die die Reichs- und preussische Regierung im Sinne des § 8 des Schutzgesetzes beschimpfen.

Insofern die Begründung des Verbots sich ferner auf die Bekämpfung der republikanischen Reichsregierung durch den Moskauer Aufruf stützt, kann auch hier irgendwelche berechtigende Anfechtung nach dem klaren Wortlaut und dem Sinn des oben angezogenen Gesetzesparagraphen nicht finden.

Eine neue Wendung der österreichischen Politik?

Amlich wird aus Wien unterm 19. Aug. gemeldet: Bundeskanzler Dr. Seipel empfing gestern und heute die Vertreter der Ententemächte, um sie auf die durch den Ausgang der Londoner Konferenz geschaffene Lage aufmerksam zu machen. Durch die neuerliche Verweisung der österreichischen Kreditaktion an den Völkerbund und durch die Verzögerung in der Gründung der neuen Notenbank sind die Schwierigkeiten noch gewachsen. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Weltlage erscheint das österreichische Problem nicht mehr als ein vorwiegend finanzielles. Da hierdurch nach Auffassung der österreichischen Regierung die Aufstellung der mitteleuropäischen Frage in nächster Nähe gerückt erscheint, hat sie sich entschlossen, eine persönliche Fühlungnahme mit den führenden Staatsmännern der drei Nachbarstaaten, die für die Gestaltung der mitteleuropäischen Frage die größte Bedeutung haben, zu suchen, nämlich Schweden, Deutschland und Italien. Sie ist daher mit Parlament und Presse in Verbindung getreten. Bundeskanzler Seipel wird sich am Sonntag abend nach Prag begeben, um mit dem tschechischen Ministerpräsidenten und Minister des Äußern Dr. Benesch zusammenzutreffen. Montag abend wird der Bundeskanzler unmittelbar nach Berlin weiterreisen, wo ihn Reichskanzler Dr. Brüning erwartet.

Der Wiener Korr. der „Fr. P.“ bemerkt dazu: Wenn es in der Erklärung heißt, daß das österreichische Problem nicht mehr als ein rein finanzielles, sondern als ein wirtschaftliches erscheint, so ist damit deutlich ausgesprochen, daß während sich die Masse der Bevölkerung dank der Kombination von Notendruck und Inflation für den Augenblick noch in erträglichen Verhältnissen befindet, die Regierung selber sich nicht mehr in der Lage glaubt, die fortwährend mit künstlichen Mitteln aufrechterhaltenen Zustände auch nur für eine kurz befristete Periode verbürgen zu können, d. h. für eben die Periode, die im Sinne des Seipelschen Finanzplans als „Atempause“ bis zum Eintreffen auswärtiger Hilfe gedacht war. Die mit der Verweisung an den Völkerbund umschriebene Ablehnung der Londoner Konferenz, sich mit dem österreichischen Problem zu befassen, läßt die Hoffnung auf solche Hilfe, auf die man die Existenz der Republik von Anfang an gestellt hat, als gegenstandslos erscheinen. In der gegenwärtigen verzweifelten Lage wendet sich der Bundeskanzler an die Regierungen solcher Länder, von denen es aus wirtschaftlichen, politischen und nationalen Gründen unbestreitbar ist, daß sie durch Zusammenbruch des österreichischen Staatsbetriebes unmittelbar berührt würden. Man wird jedoch gut tun, an die Reife des Bundeskanzlers keine allzuweitgehenden Schlussfolgerungen in der Richtung des Anschlußgedankens zu knüpfen.

Erhöhte Post- und Eisenbahntarife in Oesterreich.

Am 21. August treten in Oesterreich die erhöhten Posttarife in Kraft. Danach kosten Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 100 Kronen, Postkarten 50 Kronen, Druckfachen bis 50 Gr. 20 Kronen, Postanweisungen bis 10.000 Kronen 200 Kronen, bis 25.000 Kronen 400 Kronen. Höchstbetrag ist 2000 Mark in 3000 Kronen. Gewöhnliche Gewichtsgebühren für Pakete für je 5 kg. 2400 Kronen, bei Leistung über die Tschecho-Slowakei bei je 5 kg. 3600 Kronen.

Wie die Staatskorrespondenz erfährt, werden auf den Staatsbahnen, auf der Südbahn und der Spangbahn die Güllertarife ab 1. Sept. um 150 Prozent, Personen- und Gepäcktarife ab 8. September um 300 Prozent hinaufgesetzt. Vom

28. September ab wird der Zollausschlag auf das Einkommensteuereinkommen der Nominalbeträge erhöht. Gewisse Artikel wie Kaffee, Zucker, Petroleum werden aber nur zu 40 Prozent der jeweiligen Goldparität verzollt. Die bisherige Zollfreiheit für lebenswichtige Artikel wie Getreide, Mehl, Fett, Fleisch, Milch und Kohle bleibt bestehen.

Schluß mit dem Fremdenverkehr in Tirol.

Im Hinblick auf die in Aussicht stehende Hungerkatastrophe ist in den letzten Tagen durch den weiteren Sturz der Krone wesentlich verschärft worden. Infolgedessen veröffentlicht das sozialdemokratische Organ Tirols einen Aufruf mit der Überschrift: „Schluß mit dem Fremdenverkehr!“ Der Aufruf schließt mit den Worten:

„In diesen wenigen Wochen muß eine furchtbare Not bei uns eintreten, eine Not, die das Volk zur Verzweiflung treiben muß. Je mehr Esfer im Lande, desto größer die Not. Das Gebot der Selbsterhaltung diktiert allen Bevölkerungsschichten unseres Landes, die von der furchtbaren Luenerung betroffen werden und die, wenn die Katastrophe eintritt, nicht aus dem Lande flüchten können, wie es die Kapitalisten tun, die Forderung „Schluß mit dem Fremdenverkehr.“

Kurze polit. Nachrichten.

Der Frankfurter Buchbinderstreik ist beendet. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Die Zeitungen erscheinen wieder.

Ausschluß Paul Lenks aus der S.P.D. Der frühere Abgeordnete und jetzige Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Professor Dr. Paul Lenks, ist durch Beschluß des Bezirksvorstandes für Brandenburg aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden.

Aus der Landeshauptstadt.

Wohnabgabe und Gebührenerhöhungen im Bürgerauschuß. Der Bürgerauschuß genehmigte in seiner gestrigen Sitzung nach längerer Debatte die Vorlage des Stadtrats betr. den Wohnungsbau und die Wohnungsabgabe im Jahre 1922, über die wir in unserer Samstagsnummer schon eingehend berichtet haben. Des weiteren stimmte der Bürgerauschuß der Erhöhung der Wochenmarktgeldgebühren, der Gebühren im Schlacht- und Viehhof, im Bestattungs- und im Erhöhen der Straßensahntarife, nach welcher eine Einzelsahrt künftig 8 Mark kosten wird, zu. Auch die Gewährung eines Darlehens an die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle sowie einige kleinere Vorlagen wurden gutgeheißen.

Gemeindepolit. Rundschau.

Die Wünsche des Deutschen Landgemeindetages. VDZ. Der Vorstand des Deutschen Landgemeindetages hat am 7. und 8. August d. J. in München eine Sitzung abgehalten, in der insbesondere über die Jurisdiktion geklagt wurde, welche zurzeit im Reich und in den Einzelstaaten vielfach die Landgemeinden erführen, da Gesetzgebung und Verwaltung durchweg auf die Bedürfnisse der Städte und nicht auf diejenigen der Großstädte, dann aber auch auf die der Kreise und ähnlicher Verwaltungsbezirke zugeschnitten seien. Deren Vertreter würden daher auch bei der vorbereitenden Tätigkeit der Zentralinstanzen niemals oder nur sehr selten übergegangen, während eine Heranziehung von Vertretern der Landgemeinden längst nicht im gleichen Maße erfolge. Auch komme es kaum vor, daß Vertreter von Landgemeinden im Reich und in den Einzelstaaten als Referenten oder zu ähnlicher Verwendung in die Ministerien berufen würden. Der Deutsche Landgemeindetag verlangt daher auf das bestimmteste, daß in dieser Beziehung endlich Wandel eintritt, und sein Vorstand hat dieserhalb eine Reihe von Beschlüssen gefaßt.

Weiterhin beschäftigte er sich mit der Finanznot der Gemeinden. Er bedauerte auf das lebhafteste, daß die Vorbereitungen zum Gesetz über die Verteilung der Landessteuern immer noch nicht abgeschlossen sind. Die Verhandlungen müssen mit allergrößter Beschleunigung beendet werden, wobei aber die zentralen Gemeindeverbände vorher angemessen zu hören seien. Bei der Novelle seien die Forderungen zu beachten, welche der Deutsche Landgemeindetag auf seiner ersten Tagung in Essen am 24. Mai d. J. gestellt hat. Sie sehen insbesondere auch eine Erhöhung des Anteils der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer von zwei Drittel auf drei Viertel und ebenso eine Erhöhung der Mindestgarantie vor. Dabei soll nicht das Steuerfäll des vorangegangenen, sondern das des laufenden Rechnungsjahres zugrunde gelegt werden. Auch müßten die Anteile vom Reich an die Länder und von den Ländern an die Gemeinden rascher als bisher und restlos abgeführt werden.

Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sei zu erhöhen, und durch Reichsgesetz sei die Verteilung der Betriebsgemeinden neben den Städtgemeinden, und zwar rückwirkend vom 1. April 1921 an vorzuschreiben, wobei nicht die Bevölkerungszahl, sondern die Zahl der im Betriebe beschäftigten angestellten und Arbeiter oder die Höhe der bezahlten Gehälter und Löhne zugrunde zu legen sei. Die Grunderwerbsteuer müsse den Ländern mit der Verpflichtung, die Gemeinden mit mindestens der Hälfte zu beteiligen, ganz überwiegen werden. Die Veranlagung und Erhebung der Umsatz- und Grunderwerbsteuer sei den Gemeinden auf Antrag zu übertragen. Das Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer und der Holzsteuer sei den Bebaupflichtigen zu überlassen. Besondere Wert müsse auf die Wiedereingliederung eines Zuschlagsrechts gelegt werden, da die Gemeinden unbedingt einen beweglichen Faktor erhalten müßten, um ihre Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen.

Unabhängig von diesen Forderungen sei zu verlangen, daß durch finanzielle Maßnahmen des Reichs sofort und laufend den Gemeinden geholfen werde, da ihr Ruin sonst nicht länger aufzuhalten sei. Dabei habe das Reich auch die in Aussicht gestellten Besoldungszuschüsse in einer Weise zu gewähren, daß den Gemeinden eine wirkliche Entlastung zuteil werde. Auch sei es billig, daß für die Arbeiten, welche die Gemeinden für die Reichsfinanzverwaltung zu erledigen haben, eine angemessene Vergütung gezahlt werde, was zur Zeit vielfach durchaus nicht der Fall sei.

Bezüglich der sonstigen Beratungsgegenstände sei noch hervorgehoben, daß der Vorstand sich einstimmig gegen die Vorschläge des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, soweit sie eine Veränderung des Unterhaltungswohngesetzes und insbesondere des Unterhaltungswohngesetzes bezwecken, ausgesprochen hat. Ebenso sprach man sich gegen den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Arbeitslosenversicherung aus, soweit dadurch eine neue finanzielle Belastung der Gemeinden herbeigeführt wird. Die Unterhaltungen für die Sozialrentner müsse das Reich allein tragen. Ebenso sei es Sache des Reichs, dafür zu sorgen, daß die sozialen Bedarfe der Gehälter und Löhne, das heißt die Aufwendungen für kinderreiche Familien usw. vom Reich getragen werden.

Staatsanzeiger.

Bollzug des Kennwert- und Lotteriegewinns hier, Gesuch des Kaufmanns Rudolf Fischer in Mannheim zur Ausübung des Buchmachergewerbes.

Dem am 18. Juni 1887 in Wändröden geborenen, in Mannheim, Rheinstraße 20, wohnhaften Kaufmann Rudolf Fischer wurde vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs für die Zeit bis zum 31. Dezember 1922 die Erlaubnis erteilt, innerhalb der Stadt Mannheim sowie anlässlich der vom Badischen Kennwertverein veranstalteten Rennen auf der Mannheim Rennbahn, gewerblich Wettten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzuschießen oder zu vermitteln.

Karlsruhe, den 21. August 1922.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
F. B.: Dr. A. Jung. Hofmann

Von der Reise zurück
Emil Kimmich
staatlich geprüfter Dentist
Leopoldstraße 2b Telephone 2819

Dr. Neumann
Nervenarzt
zurückgekehrt
Fennruf 3 Stefaniestraße 71

Badisches Landestheater.
Die bis Ende April d. Js. aufgelaufenen und nicht abgeholtten Fundsachen (Opengläser, Schirme, Stöcke, Schmuckgegenstände u. a.), außerdem eine alte Bandsäge, eine alte Hobelbank und ein großer Möbelwagen werden am Montag, den 28. August d. J., vormittags 10 Uhr, im Landestheater (Hauptingang) gegen Barzahlung öffentlich versteigert.
Karlsruhe, den 18. August 1922. A. 513
Verwaltung des Badischen Landestheaters.

Die Feststellung von Straßen- und Bauflächen betreffend.
Durch den Bezirksrat wurden folgende Straßen und Bauflächen in der Stadt Karlsruhe festgestellt:
1. an der nördlichen Seite der Karl-Wilhelmstraße;
2. zwischen der Karlstraße und Rentstraße die südliche Seite der Kesslerstraße und die nördliche Seite der Mathystraße unter Aufhebung der Straßen- und Bauflächen der Kopernikusstraße;
3. im Industriegelände bei der Maschinenbaugesellschaft einer neuen Straße und die nördliche Seite der Daglanderstraße und die westliche Seite der Bogestraße unter Aufhebung der Straßen- und Bauflächen der Watzstraße.
Karlsruhe, den 15. August 1922. O. 730
Bezirksamt III. O. 3. 111

am 25., 27. und 29. August, 1. u. 3. Septemb.

BADEN-BADEN
Es verkehren Sonderzüge n. und v. Jffezheim

Sofort zu kaufen gesucht
Alt-Kupfer u. Alt-Zinn
zum Zwecke der Beschaffung neuer Glocken.
Angebote umgehend erbeten an
Pfarramt St. Peter und Paul, A. Mühlburg,
Petters- und Paulplatz 2. A. 512

Aufgebot.
O. 731. Durlach. Der Ludwig Konnenmacher in Mannheim, Rangelötterstr. 106, hat beantragt, die verschollene Elisabeth Konnenmacher, zuletzt wohnhaft in Königsbach, für tot zu erklären.
Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Dienstag, den 20. März 1923, vorm. 8 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im

praktische Betätigung bei Gemeinde oder Staatsverwaltung Fertigkeit auf der Schreibmaschine und möglichst in Stenographie.
Bewerbungen sind bis zum 25. Aug. beim Bürgermeisterrat Ettlingen anzubringen. A. 508
Ettlingen 10. August 1922.
Gemeinderat.

Rechnungsjahres
zur Fertigung des Hauptbuchs eines Jahrgangs der Gemeinderrechnung für alsbald gesucht.
Angebote von zuverlässigen Geschäftsführern mit Angabe der Gehaltsansprüche bis 1. September l. Js. an unterzeichnete Stelle erbeten. A. 510
Furtwangen, 17. Aug. 1922.
Gemeinderat.
Gerr.

Handlangholzverkauf
Das Staatliche Forstamt Baden-Baden, Schloßleerstraße 2, verkauft freihändig aus Staatswaldungen 1180 fm. Tannen-Stämme

geben. Pläne und Bedingungen liegen bei Hochbauamtsmeisterei I hier, 2. Stock der neuen Eilguthalle Zimmer 32 auf; dort Angebotsvordrucke erbeten. Die auf Einzel- und Gesamtpreise zu stellenden Angebote sind verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Oberlichter Maschinenhaus Personenbahnhof Los 1, und Oberlichter Rangierbahnhof Los 11 Angebot auf ... arbeit“ versehen, spätestens bis Mittwoch, den 30. August d. Js., vorm. 9 Uhr, bei uns einzureichen. Verlang nach auswärts findet nicht statt. Den Angeboten ist eine genaue Preisauflistung beizugeben. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Karlsruhe, 18. Aug. 1922
Bahnbaupolizei 1.
Lieferung von 34000 Granit-Großpflastersteinen erster Sorte für den Mannheim Hauptgüterbahnhof nach der Finanzministerialverordnung vom 3. 1. 07 ganz oder geteilt öffentlich zu vergeben. Bedingungen liegen bei uns an unserer Kanzlei Tunnelstraße 5 zur Einsicht, wo auch die Angebotsvordrucke nebst den besonderen Bedingungen erhältlich. Kein Verlang nach auswärts. Angebote mit der Aufschrift „Lieferung von Granitpflastersteinen“ spätestens bis zum 7. September d. J. vorm. 11 Uhr, verschlossen und postfrei bei uns einreichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. O. 748
Bahnbaupolizei 1.